



CDA

CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE
ARBEITNEHMERSCHAFT DEUTSCHLANDS
CDU-SOZIALAUSSCHÜSSE



**„Der Mensch ist wichtiger
als die Sache.“**

Grundsatzprogramm

der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft
Deutschlands (CDU-Sozialausschüsse)



Karl-Josef Laumann
CDA-Bundesvorsitzender

Das christliche Menschenbild, unsere Werte und Prinzipien – Freiheit und Gerechtigkeit, Solidarität und Subsidiarität – bleiben der Kompass unserer Politik. Ausgehend von diesem Fundament müssen wir aber neue Antworten auf neue Herausforderungen geben – Herausforderungen, die mit den Stichworten Digitalisierung, demografische Entwicklung, Globalisierung und Klimawandel zwar angedeutet, aber nur unzureichend beschrieben werden. Wir Christlich-Sozialen setzen auf den Menschen mit seiner unantastbaren Würde, nicht auf Ideologien. Wir bauen auf das Engagement der kleinen Einheiten, nicht das Tätigwerden anonymer Apparate. Wir machen uns für Zusammenhalt, Zusammenwirken und Zusammenarbeit stark – und wir wollen keine Gesellschaft von Ich-lingen und Ich-AGs. Wir wissen: Wir brauchen eine starke Wirtschaft. Aber der Ökonomisierung aller Lebensbereiche treten wir entgegen. Und wir dürfen nicht auf Kosten unserer Kinder und Enkelkinder leben. Deswegen muss christlich-soziale Politik immer auch nachhaltige Politik sein.

Von diesen Überlegungen haben wir uns bei der Formulierung unseres neuen Grundsatzprogramms leiten lassen. Viele haben daran mitgewirkt – allen voran die Grundsatzprogramm-Kommission unter Leitung von Hejo Arentz, die den Entwurf geschrieben hat; viele Fachleute aus befreundeten Verbänden und viele an der Programmarbeit Interessierte, die sich in unserem Blog zu Wort gemeldet haben; der CDA-Bundesvorstand, der den Leit Antrag beschlossen hat; eine Reihe von CDA-Gliederungen, die Änderungsanträge formuliert haben – und schließlich die 36. CDA-Bundestagung im November 2015 in Berlin, die das neue Grundsatzprogramm verabschiedet hat. Ihnen allen danke ich ebenso wie Martin Kamp und Anselm Kipp, die den Prozess in der CDA-Hauptgeschäftsstelle begleitet haben.

Das neue Programm ist das Manifest der Christlich-Sozialen in der CDU. Mit ihm wollen wir in die Partei hineinwirken, aber auch weit darüber hinaus. Es ist Richtschnur und Auftrag. Machen wir uns an die Arbeit – im Interesse der Menschen. Denn der Mensch ist wichtiger als die Sache.

A handwritten signature in black ink, reading 'Karl-Josef Laumann'.

Karl-Josef Laumann
CDA-Bundesvorsitzender

Inhaltsverzeichnis

Präambel	4
I. Grundwerte	5
II. Gesellschaftlicher Zusammenhalt	8
III. Nachhaltigkeit	10
IV. Familie	13
V. Bildung	15
VI. Arbeit und Wirtschaft	18
VII. Soziale Sicherungssysteme	27
VIII. Staat und Gesellschaft	32
IX. Europa und Internationales	35

Präambel

(1) Wir sind die Speerspitze der christlich-sozialen Bewegung in der Politik

Die CDA ist die einzige politische Organisation der Christlich-Sozialen in Deutschland und die Speerspitze der christlich-sozialen Bewegung in der Politik. Wir Christlich-Soziale orientieren uns am christlichen Bild vom Menschen und den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Wir bekennen uns zur unantastbaren Würde jedes Menschen vom Anfang bis zum Ende des Lebens. Alle Menschen sind in gleicher Weise Kinder Gottes und haben deshalb die gleiche Würde: Auf dieser gemeinsamen Wertegrundlage arbeiten in der CDA Menschen unabhängig von ihrer Religion und Weltanschauung zusammen.

(2) Wir sind eine Vereinigung der CDU und Brücke zu den Gewerkschaften

Die CDA steht in der CDU für die christlich-sozialen Grundwerte und deren Verwirklichung in der praktischen Politik. Gleichzeitig ist sie als Vereinigung Anwalt und Stimme der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der CDU. Die CDU als Volkspartei ist umso glaubwürdiger, je mehr sie zu ihren christlich-sozialen Werten steht und die Anliegen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer berücksichtigt.

Die CDA ist die Brücke zwischen CDU und Gewerkschaften: Wie sie in der CDU für christlich-soziale Positionen eintritt, so tut sie das auch als Arbeitnehmerorganisation in den Gewerkschaften. CDA und Gewerkschaften treten gemeinsam für Solidarität und Gerechtigkeit sowie für die Teilhabe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am gesellschaftlichen Wohlstand ein.

(3) Wir arbeiten für eine offene und solidarische Gesellschaft

Die Christlich-Sozialen haben die Sozial- und Gesellschaftspolitik in Deutschland entscheidend geprägt – von der Entwicklung der sozialen Sicherungssysteme über die Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bis zur Anerkennung der Erziehungsleistung und zur Einführung des gesetzlichen Mindestlohns.

Aus ihrem Selbstverständnis heraus vertritt die CDA insbesondere die Interessen von Arbeitnehmern und Familien. Sie steht für Demokratie, Rechtsstaat, Soziale Marktwirtschaft und die Einheit Europas. Jede Diskriminierung von Menschen – zum Beispiel aufgrund ihrer Religion, ihrer ethnischen oder sozialen Herkunft, ihres Geschlechtes oder Alters, ihrer sexuellen Orientierung oder einer Behinderung – lehnen wir entschieden ab.

Unser Ziel ist eine offene und solidarische Gesellschaft: offen, damit jeder Mensch seine Talente für sich und die Gesellschaft entfalten kann; solidarisch, damit der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft immer wieder neu begründet wird. Wir sind überzeugt: Zusammenhalten gewinnt.

(4) Wir geben denen eine Stimme, die keine Lobby haben

Anknüpfend an die maßgeblich von Christlich-Sozialen bestimmte Debatte über die „Neue Soziale Frage“ Ende der 1970er-Jahre haben wir auch die Menschen im Blick, die in unserer Gesellschaft zu wenig Beachtung finden und deren Interessen politisch an den Rand gedrängt werden. Dazu zählen Menschen in sozialen Notlagen wie Arbeitslosigkeit und -unfähigkeit, Armut, Krankheit, Sucht und Pflegebedürftigkeit, aber auch Flüchtlinge und die weltweit von absoluter Armut betroffenen Menschen. Wir verstehen uns als ihr Sprachrohr in politischen Debatten. Und in diesem Sinne verstehen wir uns auch als Partner von Sozialverbänden, Menschenrechts- und Nichtregierungsorganisationen.

I. Grundwerte

(1) Wir orientieren uns am christlichen Menschenbild

Wir stehen in der Tradition christlich-sozialer Bewegungen. Der christliche Glaube und sein Menschenbild geben uns die ethische Grundlage, unsere Gesellschaft solidarisch, gerecht und freiheitlich zu gestalten. Wir sagen voller Stolz und Selbstbewusstsein: Unsere christlich-sozialen Werte sind die beste Grundlage für eine gerechte und gute Politik.

Unsere Politik hat ihre Wurzeln in den Grundwerten der christlich-sozialen Idee:

- in unserem Bild vom Menschen und seiner Würde,
- in unserer Orientierung an Gemeinwohl und sozialer Gerechtigkeit,
- in Solidarität und Subsidiarität als Prinzipien christlich-sozialen Denkens und Handelns,
- im Gedanken der Nachhaltigkeit.

(2) Wir bekennen uns zur unantastbaren Würde eines jeden Menschen

Wir bekennen uns zur unantastbaren Würde eines jeden Menschen. Sie ist christlich begründet in der Gottesebenbildlichkeit des Menschen. Mit unserem Menschenbild unvereinbar sind alle Ideologien, die die Würde des Menschen in Frage stellen. Diese unveräußerliche Würde ist allen Menschen mit ihrer Natur gegeben und unabhängig von Religion, Hautfarbe, Geschlecht, sexueller Orientierung, Alter, Behinderung, Gesundheit, Herkunft, Erfolg und dem Urteil anderer. Jeder Mensch hat die gleiche unverfügbare Würde als Person.

Menschen sind Irrtum und Schuld ausgesetzt: Die Erkenntnis der menschlichen Fehlbarkeit lehrt uns Demut und bewahrt uns davor, zerstörerischen Ideologien anzuhängen. Dazu gehören der schrankenlose Kapitalismus, der gleichmachende Sozialismus, der menschenverachtende Kommunismus, der verbrecherische Nationalsozialismus und jede Form von Rassismus und religiösem Fanatismus.

Alle Menschen verantworten ihr Leben vor sich und ihrem Gewissen, vor den Mitmenschen und vor Gott. Jeder Mensch ist dabei zugleich Freiheits- und Sozialwesen. Frauen und Männer haben das Recht und die Pflicht sowie die Gabe und Aufgabe, in selbstverantworteter Freiheit ihre Persönlichkeit und ihre Talente zu entfalten und so ihr Leben sowie die Welt mit anderen und für andere zu gestalten.

Wir bekennen uns zur Würde vom Anfang bis zum Ende des Lebens. Das Leben des Menschen, auch des ungeborenen und sterbenden, ist für niemanden verfügbar. Es ist weder von menschlichen Urteilen noch von seinem Nutzen für den Einzelnen oder die Gesellschaft abhängig.

(3) Wir wollen die Gesellschaft sozial gestalten

Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, die den Menschen und ihrer Würde Raum zur Entfaltung gibt. Sozialer Zusammenhalt ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Die Gesellschaft muss deshalb auf Gemeinwohl und sozialen Zusammenhalt ausgerichtet werden. Dazu gehören der behutsame Umgang mit den Ressourcen unserer Welt und die Wertschätzung von stabilen sozialen Lebens- und Arbeitsformen, die dem Zusammenleben der Menschen Struktur und Form geben.

Sozial gerecht ist eine gesellschaftliche Ordnung dann, wenn sie in Verteilungsregeln und Gesetzen die Würde der Menschen zum Ausdruck bringt. Soziale Gerechtigkeit muss sich daran orientieren, in einer sozialen Gesellschaftsordnung allen Menschen die Möglichkeit zu geben, entsprechend ihrer Würde als einmalige Person selbstverantwortlich leben zu können.

Die Familie ist der erste Lern- und Erfahrungsraum gegenseitiger Verantwortung der Generationen. Hier ist die Suche nach Sinn und gutem Leben in einzigartiger Weise zu Hause.

(4) Wir bekennen uns zur Sozialen Marktwirtschaft

Wir bekennen uns zu den ordnungspolitischen Grundideen der Sozialen Marktwirtschaft. Sie fußt auf einer Kultur des wertschätzenden Miteinanders der sozial Starken und Schwachen. Sie schafft und sichert sozialen Frieden durch sozial gebundenes Eigentum, Tarifautonomie und Mitbestimmung sowie durch das machtsverteilende demokratische Prinzip. Ideen eines freien Marktes, der einem gegen soziale Verantwortung gerichteten Egoismus huldigt, lehnen wir ab. Wirtschaften ist kein Selbstzweck. Es steht im Dienst des Gemeinwohls und der Entfaltung der Menschen. Der Markt braucht Regeln, die den Rahmen für eine sozial gerechte und zusammenhaltende Gesellschaft setzen. Der Markt muss den Menschen dienen, nicht der Mensch dem Markt.

(5) Wir verbinden Solidarität und Subsidiarität

Es ist Ziel christlich-sozialer Politik, Menschen zu befähigen, ihren Möglichkeiten entsprechend Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Voraussetzung dafür ist die Freiheit, die eigene Person entfalten zu können: Sie ist ein Grundwert und ein Menschenrecht. Solidarität

und Subsidiarität sind Grundprinzipien der christlich-sozialen Idee. Sie sind deshalb Maßstab jeder christlich-sozialen Politik.

Solidarität begründet und realisiert den Anspruch jedes Menschen, bei Bedürftigkeit von der Gemeinschaft die Hilfe zu erhalten, die es ihm ermöglicht, sich wieder selbst helfen zu können. Von dieser Hilfe darf niemand ausgeschlossen werden. Das gilt besonders für diejenigen, die auf Solidarität existenziell angewiesen sind.

Subsidiarität ordnet die Übernahme von Verantwortung zunächst der jeweils kleineren gesellschaftlichen Einheit zu, angefangen von dem einzelnen Menschen über die Familie bis zu staatlichen Institutionen. Sie zielt darauf ab, die jeweils kleinere Einheit zur Wahrnehmung ihrer Aufgabe zu befähigen. Ist die kleinere Einheit nicht in der Lage, diese Aufgabe zu erfüllen, geht die Verantwortung auf die nächsthöhere Ebene über. Dieses Prinzip sichert solidarische Unterstützung nah am Menschen, vorrangig in seinen engsten Lebenskreisen.

II. Gesellschaftlicher Zusammenhalt

(1) Wir haben einen klaren Wertekompass für die Welt im Wandel

Unsere Zeit ist gekennzeichnet von umwälzenden Veränderungen. Als Christlich-Soziale wollen wir auch im 21. Jahrhundert Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit finden. Unser christlich-sozialer Wertekompass richtet sich aus nach der katholischen Soziallehre und der evangelischen Sozialethik.

(2) Wir wollen die Globalisierung solidarisch gestalten

Die Globalisierung ist Alltag. Wir leben in einer weltweit vernetzten Produktions-, Informations- und Wissensgesellschaft und kommunizieren mit Menschen rund um den Globus. Internationale Handelsbeziehungen sind ein fester Bestandteil nationaler Wirtschaftspolitiken. Migrationsströme vervielfachen Begegnungen im Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft. Der politische und kulturelle Austausch über Nationalgrenzen hinweg ist selbstverständlich und fortwährend.

Die Globalisierung hat uns weltweit verbunden: Wir können uns gegenseitig unterstützen, leben aber auch in Abhängigkeit voneinander und Konkurrenz zueinander. Die Globalisierung birgt also Chancen und Risiken. Die Menschen innerhalb und außerhalb unseres Vaterlandes eint die gleiche Würde. Politische Gestaltungsmacht im Zeitalter der Globalisierung bedarf klarer Zuständigkeitsbereiche und Aufgabenverteilungen gemäß dem Subsidiaritätsprinzip.

(3) Wir setzen auf das Miteinander der Generationen

Der demografische Wandel stellt uns vor große Herausforderungen. Sie betreffen uns, unsere Familien, die Gesellschaft, die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt, den Sozialstaat und das Verhältnis von Alt und Jung. Der demografische Wandel ist eine umfassende Herausforderung. Wir wollen den Ansprüchen einer veränderten Bevölkerungsstruktur genügen und Menschen jeden Alters politische, ökonomische, soziale und kulturelle Teilhabe ermöglichen. Wir stehen ein für die Einheit und das Miteinander von Alt und Jung, das Prinzip Generationenvertrag und eine Politik der Generationengerechtigkeit.

(4) Wir wollen Teilhabe und gute Arbeit auch in der digitalisierten Welt

Der digitale Fortschritt hat tiefgreifende Auswirkungen auf alle Bereiche der Gesellschaft – von der Arbeitswelt über die Medienlandschaft bis zum Verkehr und zum Erscheinungsbild unserer Städte und Dörfer. Wir wollen die Chancen der Digitalisierung nutzen und zugleich ihre Risiken begrenzen. Wir wollen auch im digitalen Zeitalter Teilhabe aller an guter Arbeit und einen umfassenden Datenschutz. Virtuelle Kommunikation ersetzt nicht das persönliche Miteinander.

(5) Wir stehen für Vielfalt, Toleranz und Verständigung

Einwanderung und Integration verändern unser alltägliches Leben. Internationale Konflikte sind Auslöser für Migrationsströme überall auf unserer Erde. Menschen aller Nationen, Religionen und Kulturen finden ihre Heimat bei uns. Gerade die, die Neuankömmlinge sind, wollen wir in unsere Mitte nehmen. Wir erwarten von ihnen, dass sie sich zu unseren grundlegenden Werten bekennen. Gemeinsam stehen wir ein für

Vielfalt, Toleranz und Verständigung. Jedwede Form von Extremismus, Intoleranz und Gewalt lehnen wir als Christlich-Soziale ab. Wir bekennen uns zu einer offenen Gesellschaft.

(6) Wir wollen die Schöpfung bewahren

Die Erwärmung der Erdatmosphäre gefährdet die natürlichen Lebensgrundlagen aller Menschen. Wir wollen den Klimawandel begrenzen und die Bewältigung seiner Folgen weltweit auf gerechte Weise schultern. Die Politik der CDA folgt dem Ziel der Bewahrung der Schöpfung und dem Konzept der Nachhaltigkeit.

(7) Wir stehen für gesellschaftlichen Zusammenhalt

In Zeiten umwälzender Veränderungen besinnen wir uns auf unsere gemeinsamen Werte. Mit unserem Gemeinschaftssinn stehen wir auch in schwierigen Zeiten zusammen. Wir begegnen einander mit Respekt und Achtung, stehen füreinander ein und bringen uns mit Engagement und Gestaltungswillen in die aktive Bürgergesellschaft ein. Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist der Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft, die großen Veränderungen unterworfen ist. Wir wollen ein Land, in dem die Menschen Heimat haben.

III. Nachhaltigkeit

(1) Wir wollen Gerechtigkeit: innerhalb der Generationen, zwischen den Generationen und weltweit

Maßstab unserer Politik sind die Menschenwürde, die Menschenrechte und die Verwirklichungschancen aller Menschen. Weil Würde und Menschenrechte universal gelten, endet unser Verständnis von Gerechtigkeit und Solidarität nicht an den Grenzen von Staaten, Kontinenten oder Generationen. In diesem Sinne ist christlich-soziale Politik nachhaltige Politik: Wir wollen weder auf Kosten der Menschen in anderen Teilen der Welt noch zu Lasten unserer Kinder und Enkelkinder leben. Zur Solidarität gehört Solidarität über räumliche und zeitliche Grenzen hinweg. Gerechtigkeit umfasst internationale und intergenerationelle Gerechtigkeit.

(2) Wir wollen ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeit

Wir wollen die ökonomische, die ökologische und die soziale Dimension der Nachhaltigkeit in Einklang bringen. Gerade weil die Weltbevölkerung weiter wächst und die materiellen Bedürfnisse von immer mehr Menschen zu befriedigen sind, ist ein dauerhaft effizienter Umgang mit knappen Ressourcen geboten: Ökonomische Nachhaltigkeit ist unerlässlich. Monopol- und Kartellbildung sowie kurzfristige Profitmaximierung sind damit nicht vereinbar.

Ökologische Nachhaltigkeit ist ein Gebot des Überlebens der Menschheit. Und zugleich hat die natürliche Umwelt als Mitschöpfung für uns einen Eigenwert, der über die Funktion als natürliche Lebensgrundlage des Menschen hinausgeht. Von besonderer Bedeutung sind die Begrenzung der Erderwärmung und der Erhalt der Artenvielfalt. Um dem Gebot der ökologischen Nachhaltigkeit bei den legitimen Ansprüchen einer steigenden Anzahl von Menschen zu genügen, ist es erforderlich, Wachstum und Ressourcenverbrauch zu entkoppeln – und zwar nicht nur relativ, sondern absolut. Voraussetzung dafür ist, dass sich die Inanspruchnahme von Umwelt auch in den Marktpreisen widerspiegelt. Mit der Innovationskraft der Menschen in unserem Land müssen wir verantwortungsvolle Wege finden, umweltbelastende Prozesse und Produkte durch nachhaltige zu ersetzen.

Alle Menschen haben einen Anspruch auf gerechte Chancen. Eine große oder gar wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen den Chancen von Alt und Jung, von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, von Menschen mit und ohne Behinderung gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und trägt den Keim für Instabilität in sich. Gerechtigkeit schafft Frieden. Soziale Nachhaltigkeit heißt, alle einzuschließen. Dies gilt für beide Geschlechter: Keine soziale Nachhaltigkeit ohne Geschlechtergerechtigkeit. Alle Menschen sollen unabhängig vom Geschlecht gleiche Rechte und Chancen in allen Lebensbereichen haben.

(3) Wir wollen Maß halten

Nachhaltige Haushaltspolitik hat die Bedürfnisse aller Generationen zu berücksichtigen. Keine noch so guten oder gut gemeinten Ausgaben zur

Befriedigung unserer Bedürfnisse sind zu rechtfertigen, wenn die Rechnung dafür an unsere Enkelkinder weitergereicht wird. Umso wichtiger aber ist die angemessene Beteiligung starker Schultern an der Finanzierung von öffentlicher Infrastruktur und sozialen Ausgaben.

Der Mensch muss sich um das rechte Maß bemühen. Nicht das maximal Erreichbare, sondern das dem Menschen Gemäße kennzeichnet ein gutes Leben. Wir wollen, dass alle Menschen am materiellen Wohlstand teilhaben können. Bei begrenzten natürlichen Ressourcen bedeutet das, dass die im globalen Maßstab Begünstigten – also wir – ihren Lebensstil an das Gebot der Nachhaltigkeit anpassen müssen. Immer mehr zu haben bedeutet nicht, immer besser zu leben. Zum guten Leben gehört das Maßhalten, also ist Suffizienz die notwendige Ergänzung zur Effizienz.

Die Wirtschaft hat dem Menschen zu dienen und nicht der Mensch der Wirtschaft. Soziale Marktwirtschaft ist die Wirtschafts- und Gesellschaftsform, die dem Anspruch der Nachhaltigkeit gerecht wird – indem sie wirtschaftliche Vernunft mit sozialem Ausgleich und ökologischen Leitplanken verbindet. Und indem sie der Ökonomisierung aller Lebensbereiche Einhalt gebietet.

(4) Wir setzen auf Mitmachen und Mitbestimmung

Für uns gehört zu Nachhaltigkeit Beteiligung. Menschen an Entscheidungen, die sie betreffen, zu beteiligen, ist nicht nur Ausdruck des Respekts vor der Würde des Menschen und des Subsidiaritätsprinzips, sondern führt in der Regel auch zu nachhaltigeren, stabileren Ergebnissen. In besonderer Weise treten wir für Teilhabe im Arbeitsleben ein: für Mitbestimmung und deren Weiterentwicklung am Arbeitsplatz, in Betrieben, Verwaltungen und Unternehmen. Diese Mitbestimmung bedarf der Ergänzung durch die Mitarbeiterbeteiligung – bis hin zu echten Kapitalbeteiligungen. Mitbestimmung und Mitarbeiterbeteiligung sind Garanten für langfristige, nachhaltige Orientierung.

Eine nachhaltige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung braucht einen staatlich gesetzten Rahmen. Aber sie ist auch auf das Mitmachen von Bürgerinnen und Bürgern, Wirtschaft und Verbrauchern angewiesen. Bewusster Konsum, soziale Verantwortung von Unternehmen und zivilgesellschaftliches Engagement zugunsten gerechter Lebenschancen für alle Menschen sind nicht dekoratives Beiwerk staatlicher

Regulierung, sondern der Nährboden, auf dem eine der Nachhaltigkeit verpflichtete Politik erst wachsen kann.

IV. Familie

(1) Wir ermutigen Menschen, Verantwortung füreinander und für Kinder zu übernehmen

Der Mensch ist auf Gemeinschaft angelegt. Die erste und wichtigste Form des Zusammenlebens ist die Familie. Liebe, Bindung, Fürsorge und Verantwortungsübernahme in den Familien und zwischen den Generationen sind zentrale Stabilitätsfaktoren für den Einzelnen. Die Familie ist zudem die wichtigste Bildungseinrichtung; in ihr werden die Fundamente für das ganze Leben gelegt: Werte, Fähigkeiten und Fertigkeiten werden vermittelt, Sozialkompetenz wird eingeübt.

Familie wird verschieden gelebt – in der Ehe, in einer Partnerschaft oder durch ein allein erziehendes Elternteil; aber auch Großeltern, viele Geschwister, Verwandte und Freunde leben auf Dauer in enger Gemeinschaft. Familie ist für uns insbesondere dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung übernehmen.

Wir wollen all jene Formen des Zusammenlebens stärken, in denen Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen. Die stabilste Form des Zusammenlebens ist die Ehe. In ihr stehen Partner füreinander ein, und zugleich bietet sie den größten Schutzraum für Kinder. Wir werben für die Ehe. Daher stehen wir zum Ehegattensplitting; seine Vorteile kommen beiden Partnern in gleicher Weise zugute. Wir stehen auch zur beitragsfreien Mitversicherung von Ehegatten in Kranken- und Pflegeversicherung sowie zur Hinterbliebenenabsicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung.

(2) Wir setzen auf die Erziehungskompetenz der Eltern

Es ist nicht Aufgabe des Staates, den Eltern vorzugeben, wie sie ihre Kinder erziehen. Denn Eltern wissen in der Regel am besten, was für ihr Kind und für sie das Beste ist. Nur wenn Eltern ihrer Erziehungspflicht nicht nachkommen, muss der Staat im Sinne des Kindeswohls eingreifen. Wir

treten dafür ein, Eltern auf ihrem Weg aktiv zu unterstützen. Familienbildung stärkt ihre Erziehungskompetenz. Und wir setzen auch bei der Unterstützung von Familien auf subsidiäre Angebote.

(3) Wir wollen Zeit, Infrastruktur und finanzielle Förderung für Familien

Das Steuerrecht muss den finanziellen Belastungen gerecht werden, die Familien im Interesse der Allgemeinheit tragen. Wir treten ein für eine Weiterentwicklung des Steuerrechts hin zu mehr Familienfreundlichkeit und für einen Familienleistungsausgleich, der die Wahl- und Entscheidungsfreiheit von Familien stärkt und ihren gesamtgesellschaftlichen Leistungen Rechnung trägt.

Die meisten Eltern – Mütter und Väter – wollen Beruf und Familie miteinander vereinbaren. Deshalb befürworten wir eine bedarfsgerechte Kindertagesbetreuung und Tagespflege, die wichtige Bausteine (frühkindlicher) Bildung sind. Die von Christlich-Sozialen initiierten Instrumente Erziehungsgeld und Erziehungszeit, Elterngeld und Elternzeit waren Meilensteine auf dem Weg zu einer familienfreundlichen Gesellschaft und Arbeitswelt. Die staatlichen Rahmenbedingungen müssen mit einem entsprechenden Bewusstsein in Wirtschaft und Arbeitswelt einhergehen: Die Inanspruchnahme von Zeit für Familie darf nicht zu Benachteiligungen im Berufsleben führen. Wir unterstützen Initiativen, die Familienorientierung fördern und damit eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen.

(4) Wir wollen eine familienfreundliche Arbeitswelt

Wir verteidigen die Familie vor der Vereinnahmung durch die Wirtschaft. Wir wollen die Familie nicht passgenau für die Arbeitswelt optimieren, sondern wir wollen die Arbeitswelt an den Bedürfnissen der Familien ausrichten. Dazu gehören insbesondere stabile Arbeitsverhältnisse und damit ökonomische Planungssicherheit für die Familien. Dazu gehören aber auch eine familienorientierte flexible Arbeitszeit und Arbeitsorganisation. Wir setzen uns für ein modernes Mutterschutzrecht ein, das sowohl den Schutz der Gesundheit als auch den Schutz vor Diskriminierung am Arbeitsplatz beinhaltet. Familienbedingte Verkürzung der Arbeitszeit muss möglich sein, und der damit verbundene

Einkommensverlust muss sozial abgefedert werden. Wir wollen, dass ein Wiedereinstieg in den Beruf erleichtert wird und die Übernahme von Führungsaufgaben in Teilzeit möglich ist.

(5) Wir setzen uns für gute Rahmenbedingungen für häusliche Pflege ein

So wie Eltern für Erziehung brauchen Pflegebedürftige und ihre Angehörigen für die häusliche Pflege Zeit, Geld und Infrastruktur. Auch hier haben wir Christlich-Sozialen – insbesondere mit der Einführung der Pflegeversicherung – die Weichen gestellt. Die meisten Pflegebedürftigen werden von Angehörigen gepflegt. Wichtig sind deshalb bedarfsgerechte Leistungen für die häusliche Pflege, die Familienpflegezeit, eine unterstützende Pflegeinfrastruktur und eine Arbeitswelt, die auf die Belange von Pflegenden Rücksicht nimmt.

V. Bildung

(1) Wir wollen Bildung fördern, um Teilhabe zu ermöglichen

Die Förderung von Bildung ist ein Kernthema christlich-sozialer Politik. Sie schafft die persönlichen und finanziellen Voraussetzungen für ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben. Sie entfaltet Talente, formt die Persönlichkeit und stiftet Identität. Sie eröffnet Lebensperspektiven und bietet die Chance zur vielfältigen gesellschaftlichen Teilhabe. Sie ermöglicht persönliche Entwicklung, Erwerbsarbeit und sozialen Aufstieg.

(2) Wir haben ein umfassendes Verständnis von Bildung

Für die CDA ist Bildung mehr als Schulbildung: Zu unserem Bildungsbegriff gehört vorschulische, schulische, berufliche, kulturelle, religiöse, ethische und politische Bildung. Werteorientierte Bildung und Erziehung sollen Grundwerte bewusstmachen und einen Geist des sozialen Zusammenhalts fördern. Wir bekennen uns zum konfessionellen Religionsunterricht. Eine gesellschaftliche Kultur der sozialen Verantwor-

tung braucht mündige Menschen, die nicht nur fachlich gebildet sind, sondern auch klare Wertmaßstäbe haben.

Menschen lernen in vielfältigen Erfahrungsräumen – in besonderer Weise in der Familie und ihrem sozialen Umfeld, aber auch in Bildungs- und Erziehungseinrichtungen, von der Kinderbetreuung über allgemeinbildende und berufliche Schulen bis zu Ausbildungsbetrieben, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen. Außerdem gewinnen sie Wissen und Orientierung aus weiteren Quellen wie den Medien, der Natur und der Kultur.

Jede und jeder hat ein Recht auf Bildung. Für die CDA ist es eine Hauptaufgabe der Politik, allen Menschen in allen Lebensphasen Zugang zu Bildung zu verschaffen und sie zu fördern – entsprechend ihrer Fertig- und Fähigkeiten sowie ihrer individuellen Lebens- und Lernziele. Denn Bildung ist im besten christlich-sozialen Sinne subsidiär: Sie befähigt Menschen dazu, ihren eigenen Lebensweg zu gehen. Dabei soll die Angebotsstruktur die Lebenswirklichkeit der Menschen berücksichtigen.

(3) Wir wollen eine gesellschaftliche Bildungspartnerschaft

Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die CDA steht für eine Bildungspartnerschaft zwischen Bund, Ländern, Kommunen, Institutionen und privaten Akteuren. Wir wollen ein abgestimmtes und kooperatives System von Elementarbildung, beruflicher Grundausbildung und Weiterbildung. Bildung darf dabei nicht Kriterien des ökonomischen Nutzens und der Verwertbarkeit untergeordnet werden.

(4) Wir wollen ein inklusives und durchlässiges Bildungssystem

Berufliche und akademische Bildung sind gleichwertig und für unsere Gesellschaft gleich wichtig. Vernetzung und Durchlässigkeit der Bildungswege schaffen Flexibilität und Chancengerechtigkeit im Bildungssystem. Die Politik muss die Voraussetzungen dafür schaffen, dass der Übergang von der Schule in berufliche Bildung und dann in die berufliche Praxis gelingt. Wir wollen inklusive, durchlässige und differenzierte Bildungswege unabhängig von sozialer und ethnischer Her-

kunft, die Leistung fördern und anerkennen. Bildungswege dürfen nicht zu Sackgassen werden. Jeder Mensch muss jederzeit die Chance haben, Bildungswege neu zu beschreiten. Die Begabungen und Fähigkeiten des Einzelnen müssen im Fokus bleiben. Daher muss ein breites Angebot an Schulformen und Maßnahmen vorgehalten werden. Alle Abschlüsse müssen anschlussfähig sein. Staat und Politik müssen gemeinsam mit Sozialpartnern und Zivilgesellschaft die Voraussetzung dafür schaffen, dass alle Menschen lebenslang lernen können.

(5) Wir wollen Freiheit und Verantwortung in Lehre und Forschung

Wir machen uns stark für eine freie Forschung und eine breite Fächervielfalt an leistungsfähigen Hochschulen, die der humanistischen Bildungstradition in Deutschland entsprechen und den deutschen Erfinder- und Entdeckergeist weiter stärken und wecken. Wir wollen Werteorientierung in Lehre und Forschung. Freiheit in der Wissenschaft heißt Verantwortung übernehmen für das eigene Handeln und impliziert Unabhängigkeit, die nicht durch äußere Einflüsse angetastet werden soll. Wissenschaft als solche ist kein Selbstzweck, sie dient dem Ziel des steten Fortschrittes der Gesellschaft sowie der Ergründung von Vergangenheit und Gegenwart.

(6) Wir wollen den digitalen Wandel mit Bildung meistern

Der gesellschaftliche Wandel hin zu einer digitalen Welt ist eine Herausforderung, die nur mit gezielter Bildung gemeistert werden kann. Bildung kann Menschen einen Kompass an die Hand geben, der in der digitalen Welt Orientierung gibt. Dazu gehören technische Kompetenz und Offenheit für technische Entwicklungen genauso wie ethische Grundwerte. Das Erlernen des Umgangs mit Informations- und Kommunikationstechnologien muss in allen Phasen des lebenslangen Bildungsweges verankert werden. In Bildung und Ausbildung müssen gerade die Fähigkeiten und Persönlichkeitsmerkmale vermittelt werden, die durch Maschinen und künstliche Intelligenz nicht zu ersetzen sind.

VI. Arbeit und Wirtschaft

(1) Wir wissen: Arbeit hat Wert und Würde

Der Mensch ist wichtiger als die Sache. Arbeit hat Wert und Würde: Dieses Credo der Christlich-Sozialen leitet unser politisches Handeln. Es fußt auf unserem christlichen Menschenbild. Wir haben ein umfassendes Verständnis von Arbeit. Erwerbsarbeit, Familienarbeit und ehrenamtliches Engagement verdienen gleichermaßen gesellschaftliche Anerkennung.

Erwerbsarbeit schafft die Voraussetzung für ein eigenständiges Leben. Es ist Aufgabe von Staat und Politik, faire Chancen auf Teilhabe an Erwerbsarbeit für alle zu organisieren. Die Teilhabe an Arbeit ist ein soziales Grundbedürfnis. Denn Arbeit ist wertvoll, weil sie materielle Sicherheit und emotionale Stabilität schafft. Sie ermöglicht Menschen einen Platz in der Gesellschaft und stiftet Identität. Sie ermutigt zu Lebensentscheidungen wie Ehe und Familiengründung.

Nach unserem christlichen Menschenbild hat der Mensch Würde – auch die Arbeit, die er verrichtet, muss Würde haben. Diese Erkenntnis leitet uns. Wir wollen arbeitnehmerfreundliche Rahmenbedingungen für gute Arbeit schaffen.

(2) Wir wollen Flexibilität und Sicherheit in Einklang bringen

Die Wirtschaft muss dem Menschen dienen, nicht der Mensch der Wirtschaft. Wir widersetzen uns Tendenzen, alle gesellschaftlichen Bereiche vollständig zu ökonomisieren. Kosten-Nutzen-Rechnungen und die Forderung nach Flexibilität haben in Arbeit und Wirtschaft ihre Berechtigung, aber auch eine Grenze: Die Würde und die Gesundheit der arbeitenden Menschen. Flexibilität der Beschäftigten in der Arbeitswelt ist notwendig. Genauso notwendig ist aber, dass Beschäftigung sicher und verlässlich ist. Die CDA steht dafür ein, Flexibilität und Sicherheit in eine Balance zu bringen, die die Beschäftigten und ihre Lebensperspektiven in den Mittelpunkt stellt.

Unser Leitbild ist eine menschengerechte Arbeitswelt. Menschengerecht ist die Arbeitswelt dann, wenn sie allen Menschen Teilhabe an auskömmlicher, stabiler und gesundheitsschonender Beschäftigung bietet.

Aus christlich-sozialer Perspektive erfüllt gute, menschengerechte Arbeit vier Kriterien: Sie sichert das Auskommen, sie achtet die natürlichen Grenzen der Arbeitenden, sie hat einen Sinn und stiftet Identität und Gemeinschaft.

(3) Wir wollen gute Arbeit und Wohlstand für alle

Alle Bereiche der Politik sind gefordert, die Voraussetzungen für die Teilhabe an Erwerbsarbeit zu schaffen. Der Prüfstein für jede politische Maßnahme ist, ob sie zu guter Arbeit und Teilhabe an Wohlstand beiträgt. Politik braucht in diesem Sinne einen Gerechtigkeits- und Beschäftigungs-TÜV.

Wir treten für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt ein. Dazu bedarf es einer modernen Arbeitszeitpolitik sowie einer Familienpolitik, die alle Lebensmodelle gleichermaßen in den Blick nimmt.

Unser besonderes Augenmerk gilt den Menschen, die auf dem Arbeitsmarkt nicht Fuß fassen oder benachteiligt sind. Jeder wird gebraucht! Die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit ist eine der wichtigsten Aufgaben der Politik. Wir fordern eine Stärkung des präventiven Charakters der Arbeitslosenversicherung.

Langzeitarbeitslosigkeit widerspricht dem christlich-sozialen Anspruch, dass jeder Mensch ein Anrecht auf Teilhabe hat, in besonderer Weise. Langzeitarbeitslose Menschen brauchen neue Chancen durch ganzheitliche Unterstützung. Diese Hilfen müssen an der persönlichen Situation Maß nehmen und schrittweise zur Wiedereingliederung in Arbeit und Beschäftigung führen.

Wir treten für eine dauerhafte Integration von Menschen mit Behinderung in das Arbeitsleben ein.

(4) Wir wollen auskömmliche und gerechte Entlohnung von Arbeit

Jeder soll von seiner Arbeit leben können. Sozialpartnerschaft und Tarifautonomie sind die besten Garantien für eine faire Lohnfindung. Ein gerechter Lohn wird auf Augenhöhe von Arbeitgebern und Gewerkschaften ausgehandelt. Gerade in der Finanzkrise nach 2008 hat sich gezeigt, wie wertvoll das Erfolgsmodell Tarifpartnerschaft für unser Land ist.

Die CDA fordert alle Beschäftigten auf, in Gewerkschaften einzutreten. Und sie fordert alle Arbeitgeber auf, in tarifschließenden Arbeitgeberverbänden Mitglied zu werden.

Zur gerechten Entlohnung gehört auch der gesetzliche Mindestlohn als untere Auffanglinie. Wir wollen gleiche Entgeltchancen für Männer und Frauen. Wir plädieren für bessere Rahmenbedingungen bei der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand und bei der Mitarbeiterkapitalbeteiligung.

(5) Wir wollen verlässliche und stabile Beschäftigung

Menschengerechte und wertgeschätzte Arbeit ist verlässlich und stabil. Sie macht das Leben planbar und gibt Sicherheit und Rückhalt für Lebensentscheidungen. Unser Leitbild ist das sozialversicherungspflichtige, unbefristete und auf Basis eines Tarifvertrags entlohnte Arbeitsverhältnis.

(6) Wir wollen eine gesundheitsschonende Gestaltung der Arbeit

Menschengerechte und wertgeschätzte Arbeit muss Leib und Seele schonen. Sie verhindert Fehlbelastungen und Gefahren am Arbeitsplatz und nimmt Rücksicht auf die individuelle Leistungsfähigkeit der Beschäftigten. Sie ermöglicht autonomes und abwechslungsreiches Arbeiten. Wir setzen uns für eine Weiterentwicklung des Arbeitsschutzes und einen Ausbau des betrieblichen Gesundheitsmanagements ein, um den Gesundheitsschutz in der Arbeitswelt zu verbessern. Dabei geht es auch um psychische Belastungen. Sozialpartner, Sozialversicherungen und Staat sind gefordert, eine neue Kultur des gesundheitsschonenden Arbeitens wachsen zu lassen.

Arbeit und Muße gehören zusammen. Wir bekennen uns zum Schutz des Sonntags als Tag der Ruhe und der Gemeinschaft.

(7) Wir wollen mehr Mitbestimmung

Arbeitnehmer müssen in allen wirtschaftlichen und sozialen Fragen ein wirksames Mitbestimmungsrecht haben. Nur so ist sichergestellt, dass die Interessen der Beschäftigten bei der Gestaltung ihrer Arbeit berücksichtigt werden. Mitbestimmung ist ein elementares Prinzip der

Prof. Dr. Klaus Töpfer
Bundesminister a. D.



„Ich gratuliere der CDA zu diesem Grundsatzprogramm, in dem sie der ‚Nachhaltigkeit‘ eine so große Bedeutung beimisst. Dabei belässt sie es nicht nur bei dem bloßen Bekenntnis, sondern sagt auch, wie eine nachhaltige Politik praktisch aussehen soll.“

Eindrücke von der CDA-Bundestagung am 7./8. November 2015 in Berlin



Globalisierung, demografischer Wandel, Digitalisierung: „Die CDA trägt dazu bei, Antworten auf diese neuen Herausforderungen zu finden.“
CDU-Generalsekretär Dr. Peter Tauber



„Wir brauchen eine starke CDA.“ – CDU-Generalsekretär Dr. Peter Tauber im Gespräch mit dem CDA-Bundesvorsitzenden Karl-Josef Laumann



Über 189 Änderungsanträge zum Grundsatzprogramm haben die Delegierten auf der Bundestagung diskutiert und abgestimmt.



„Der Ökonomisierung aller Lebensbereiche treten wir entgegen. Die Wirtschaft hat dem Menschen zu dienen.“ – Karl-Josef Laumann fand in seiner Rede deutliche Worte.



Dr. Peter Tauber
CDU-Generalsekretär

„Wir stehen in der CDU füreinander ein. Jung und Alt, Frau und Mann und Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Das ist das besondere an unserer Partei und dafür brauchen wir eine starke CDA. So wie uns in den 1970er Jahren die Debatte um die ‚Neue Soziale Frage‘ beschäftigt hat, so setzen wir uns heute mit den Folgen von Globalisierung, des demografischen Wandels und der Digitalisierung auseinander. Die CDA trägt bei diesen und vielen anderen Fragen dazu bei, Antworten auf diese neuen Herausforderungen zu finden.“

Sozialpartnerschaft – und nützt auch den Arbeitgebern. Sie garantiert den sozialen Frieden in unserem Land. Mitbestimmung ist ein zutiefst christlich-soziales Prinzip. Die Christlich-Sozialen haben die Mitbestimmung in Deutschland durchgesetzt.

Wir ermutigen alle Mitglieder der CDA, sich in der Mitbestimmung zu engagieren. Wir wollen, dass möglichst viele Beschäftigte über gewählte Interessenvertreter, insbesondere Betriebs- und Personalräte, verfügen. Die betriebliche Mitbestimmung muss daher auch in neuen Formen der Betriebsorganisation Anwendung finden, Mitbestimmungsrechte müssen ausgeweitet werden. Zugleich befürworten wir eine weitgehende Unternehmensmitbestimmung.

Unsere Standards in der Mitbestimmung dürfen durch europäisches Gesellschaftsrecht und internationale Verträge nicht unterlaufen werden.

(8) Wir wollen gute Arbeit auch in der digitalisierten und globalisierten Welt

Mit der Digitalisierung aller Sektoren des Wirtschaftslebens entsteht eine neue Arbeitswelt. Sie wird geprägt von Automatisierung und selbststeuernden Systemen, von vernetzten Arbeitsprozessen mit neuen Arbeitsformen und Berufsfeldern. Darin liegen Chancen für mehr Innovationen, mehr Wohlstand und Beschäftigung, eine bessere Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie sowie bessere Arbeitsbedingungen und neue Formen der Arbeitsplatzgestaltung. Die Digitalisierung enthält Potenzial für eine ganz neue Arbeitskultur, die sich an den Interessen der Beschäftigten in der digitalen Arbeitswelt orientiert.

Aber die Digitalisierung birgt auch Risiken: Tätigkeiten und Berufsbilder brechen weg, die Technik macht ständige Erreichbarkeit und permanente Kontrolle der Beschäftigten möglich – und fördert so die Entgrenzung von Arbeit, lässt die Trennung zwischen Arbeitsplatz und Privatsphäre sowie zwischen Arbeit und Freizeit unschärfer werden. Wir wollen den digitalen Wandel aktiv und bewusst gestalten. Denn auch in der digitalen Welt verlangt die Würde des arbeitenden Menschen nach menschengerechter Arbeit. Wir setzen uns für ein Recht auf Freizeit ein.

Im verarbeitenden Gewerbe findet unter dem Begriff „Industrie 4.0“ eine grundlegende Veränderung der Arbeits- und Beschäftigungsbedin-

gungen statt. Die Industrie ist das Rückgrat unserer Wirtschaft; das hat sich gerade im Zuge von Finanzmarktkrisen gezeigt. Wir wollen eine starke Industrie auch im Zeitalter der Digitalisierung. Industrie 4.0 bringt Chancen auf Wohlstand und qualifizierte Arbeit, aber auch Risiken für die Beschäftigten mit sich: Dazu gehören Arbeitsplatzverluste, Entfremdung und Überwachung. Wir wollen allen die Teilhabe an Arbeit ermöglichen und gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten durchsetzen. Dem Zugang zu Qualifizierung und Weiterbildung kommt für die Sicherung guter und selbstbestimmter Arbeit eine besondere Bedeutung zu.

Wir wollen Tätigkeiten, bei denen Menschen auch in hochkomplexen und technisierten Arbeitssystemen eigenständig und mit Entscheidungsspielraum handeln. Wir wollen, dass auch in der digitalen Arbeitswelt mit ihren oft neuartigen Arbeitsprozessen Mitbestimmung, Tarifverträge und arbeitsrechtliche Schutzbestimmungen für Beschäftigte greifen; dazu gehört auch ein wirksames Arbeitnehmerdatenschutzrecht. Wir wollen Teilhabegerechtigkeit und soziale Absicherung auch in der digitalen Arbeitswelt: Der Zugang zur Vernetzung darf keine Frage der Branche oder des Wohnortes, Standortes oder Einkommens sein.

Auch die Globalisierung hat den Wettbewerb verschärft, das Tempo von Innovationen gesteigert und dadurch unser Arbeitsleben massiv verändert. Der globale Wettbewerb setzt auch mittelständische Unternehmen unter Druck, Verlagerungen von Arbeitsplätzen vorzunehmen. Die altbewährten Aushandlungsprozesse in den Betrieben und die notwendigen Schutzregelungen durch die Politik halten in Tempo und Komplexität kaum mehr Schritt. Die Arbeitsverdichtung nimmt zu, von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird Flexibilität und Mobilität erwartet, aber Kinder und Familien brauchen Stabilität.

Die „Humanisierung der Arbeit“ erlangt vor dem Hintergrund von Digitalisierung und Globalisierung eine neue Bedeutung. Wir machen uns dafür ebenso stark wie für eine Anpassung der sozialen Sicherungssysteme an die neuen Herausforderungen.

Die Chancen von Digitalisierung und Globalisierung zu nutzen und zugleich sozial zu gestalten: Das ist die Aufgabe der Politik!

VII. Soziale Sicherungssysteme

(1) Wir sagen Ja zur beitragsfinanzierten Sozialversicherung

Der Sozialstaat in Deutschland ist das Werk der Christlich-Sozialen. Niemand hat ihn mehr geprägt als wir. Er spiegelt unser Menschenbild, unser Verständnis von der Würde der Person und unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit wider. Unser Verständnis von sozialer Sicherung gründet auf Eigenverantwortung und Solidarität, die befriedet und befreit.

Die grundlegenden Lebensrisiken – Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter, Erwerbsminderung und Pflegebedürftigkeit – müssen auch in Zukunft solidarisch abgesichert werden. Wir sagen Ja zum deutschen System der paritätisch durch Beiträge finanzierten Sozialversicherung. Nur dadurch wird Freiheit für den einzelnen Menschen konkret.

(2) Wir wollen Leistungsgerechtigkeit in den Sozialversicherungen

Die sozialen Sicherungssysteme leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum Zusammenhalten der Gesellschaft. Sie geben den Prinzipien der Leistungsgerechtigkeit und der Bedürfnisgerechtigkeit Gestalt. Wer Beiträge in die Sozialversicherung zahlt, erwirbt eigenständige Ansprüche – aufgrund eigener Leistung. Leistungen der Sozialversicherung sind deshalb kein staatliches Almosen, sondern ein Rechtsanspruch.

Legitimität und Akzeptanz der Sozialversicherungen hängen entscheidend davon ab, dass auch in Zukunft Leistungen, die auf lebenslanger eigener Beitragszahlung beruhen, grundsätzlich höher sind als Fürsorgeleistungen.

Unsere Sozialversicherung verbindet den Grundwert der Solidarität mit dem Organisationsprinzip der Subsidiarität. Auf diese Weise befreit sie den Menschen von staatlicher Abhängigkeit und Bevormundung.

Wir bekennen uns ausdrücklich zur Ergänzung des Versicherungsprinzips durch das Fürsorgeprinzip. Es ist ein Gebot der Würde eines jeden Menschen, das Existenzminimum zu sichern.

(3) Wir befürworten eine starke Selbstverwaltung

Die Selbstverwaltung der Sozialversicherung ist Ausdruck christlich-sozialer Prinzipien und gelebter Sozialpartnerschaft. Wir befürworten eine starke Selbstverwaltung mit weitgehenden Kompetenzen.

(4) Wir wollen den präventiven Charakter der Sozialversicherung stärken

Unsere sozialen Sicherungssysteme stehen in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen. Dazu zählen die längere Lebenserwartung, die niedrige Geburtenrate, die Veränderungen in der Arbeitswelt, die Digitalisierung, die Fortschritte in der Medizin und die zunehmenden Wanderungs- und Fluchtbewegungen.

Diese Herausforderungen machen es dringend nötig, den präventiven Charakter aller Sozialversicherungszweige nachhaltig zu stärken. Wo immer möglich, gilt es, durch Vorbeugung Arbeitslosigkeit, Krankheit, Pflegebedürftigkeit und einen vorzeitigen Eintritt in die Rente zu vermeiden.

(5) Wir wollen ein auskömmliches Rentenniveau

Die gesetzliche Rentenversicherung muss für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Grundlage der Alterssicherung bleiben. Ihre Legitimität und Akzeptanz hängt davon ab, ob sie auch in Zukunft eine auskömmliche Altersabsicherung ermöglicht. An diesem Anspruch muss sich das Rentenniveau messen lassen.

(6) Wir wollen eine Pflicht zur betrieblichen Altersversorgung

Leistungsgerechtigkeit, Armutsfestigkeit und solidarische Finanzierung gehören zusammen. Wer ein Leben lang Leistungen in der gesetzlichen Rentenversicherung erbracht hat – durch Beiträge aus Erwerbsarbeit, Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen –, muss sich darauf verlassen können, ein Alterseinkommen zu erhalten, das oberhalb des Grundversicherungsniveaus liegt. Dazu müssen wir die Alterssicherung in Deutschland stabilisieren – gerade mit Blick auf die demografische Entwicklung.

Die betriebliche Altersversorgung ist dabei ein Schlüssel. Wir plädieren für eine gesetzliche Verpflichtung zur betrieblichen Altersversor-

gung. Sie soll für alle Arbeitsverhältnisse gelten. Die betriebliche Altersversorgung muss von Arbeitgebern und – wie die Riesterrente – vom Staat gefördert werden.

(7) Wir wollen Freiheit und Eigenverantwortung beim Renteneintritt stärken

Die Altersgrenzen in der gesetzlichen Rentenversicherung müssen die Lebenswirklichkeit widerspiegeln. Wir wollen Freiheit und Eigenverantwortung der Menschen stärken. Wir plädieren daher für einen breiten Korridor für den Eintritt in die Rente. Er muss den unterschiedlichen Beanspruchungen in den verschiedenen Berufen, den individuellen Lebenssituationen und den persönlichen Wünschen der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Rechnung tragen.

(8) Wir wollen eine auskömmliche Absicherung bei Erwerbsminderung

In der gesetzlichen Rentenversicherung wird nicht nur der Renteneintritt aus Altersgründen abgesichert, sondern auch das Risiko der Erwerbsminderung und die Versorgung der Hinterbliebenen. Krankheit darf nicht arm machen. Deshalb wollen wir eine deutlich bessere, auskömmliche soziale Sicherung für die Menschen, die aus Gründen der Erwerbsunfähigkeit früh aus dem Arbeitsleben ausscheiden müssen.

(9) Wir wollen Selbständige in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen

Alterssicherung brauchen nicht nur Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir wollen eine verpflichtende Basisabsicherung auch für Selbständige in der gesetzlichen Rentenversicherung – auch, damit niemand im Alter auf steuerfinanzierte Grundsicherung angewiesen ist. Beispiele, wie die Einbeziehung Selbständiger organisiert werden kann, sind die Regelungen für Handwerker und Landwirte sowie die Künstlersozialkasse.

(10) Wir wollen eine solidarische Absicherung bei Krankheit und Pflege

Jeder Mensch in Deutschland muss im Krankheitsfall die notwendige medizinische Hilfe erhalten. Das ist Aufgabe der gesetzlichen Kran-

kenkassen. Eine Zwei-Klassen-Medizin lehnen wir ab. Krankenhilfe ist Menschenrecht. Das gilt auch für die Unterstützung und Hilfe für pflegebedürftige Menschen.

Die zentrale Herausforderung bei der Versorgung von kranken und pflegebedürftigen Menschen sind die demografischen Veränderungen. Das betrifft sowohl die Finanzierbarkeit der Versicherungen als auch die Sicherung der notwendigen Zahl guter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheitswesen und in der Pflege.

Um Qualität und Finanzierbarkeit unseres Gesundheitswesens zu verbessern, brauchen wir eine grundlegende Reform seiner Strukturen: Die starre Trennung der Sektoren von ambulanter und stationärer Versorgung sowie Rehabilitation ist international einzigartig und muss überwunden werden.

(11) Wir wollen Krankheit und Pflegebedürftigkeit vorbeugen

Die vorrangige Orientierung auf Heilung von Krankheiten muss durch vermehrte Anstrengungen zur Vermeidung von Krankheiten ergänzt werden.

Die Einführung der Pflegeversicherung 1995 war ein sozialpolitischer Meilenstein. Im Einsatz für diese neue Versicherung stand die CDA in der vordersten Reihe. Die Pflegeversicherung hat zum Aufbau einer unterstützenden Pflegeinfrastruktur geführt, die ambulant und stationär sehr hilft. Jetzt aber geht es darum, die Chancen zur Vermeidung von Pflegebedürftigkeit stärker zu nutzen, die Qualität der medizinisch-pflegerischen Angebote umfassender zu gewährleisten und die solidarische Finanzierung demografiefest zu machen. Dazu sind die großen Chancen der Rehabilitation zur Vermeidung oder zum Aufschub von Pflegebedürftigkeit viel intensiver zu nutzen.

(12) Wir wollen den Dienst am Menschen angemessen honorieren

Der Dienst am Menschen muss durch gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung gefördert werden, die sich auch in der Bezahlung der Beschäftigten im sozialen Sektor niederschlagen muss. Der Dienst am Menschen ist nicht weniger wert als die Bedienung von Maschinen.

(13) Wir wollen, dass alle Menschen in Würde sterben können

Für uns Christlich-Soziale ist es von besonderer Bedeutung, dass Menschen in existenziellen Krisen und Ängsten auch am Lebensende liebevoll begleitet werden – in der Familie, im Krankenhaus, im Pflegeheim oder im Hospiz. Wir wollen, dass jedem Menschen ein Sterben in Würde, Geborgenheit und Schmerzfreiheit möglich ist. Deshalb ist der konsequente und flächendeckende Ausbau palliativer Angebote nötig.

(14) Wir wollen eine Arbeitslosenversicherung, die neue Chancen eröffnet

Unsere Arbeitslosenversicherung ist eine Versicherung für neue Chancen. Sie gibt dem Einzelnen Sicherheit im Wandel und Hilfe zum Neustart. Damit ist sie Ausdruck von Solidarität und Eigenverantwortung.

Wir Christlich-Soziale haben das Arbeitsförderungsgesetz in Deutschland auf den Weg gebracht und damit die Arbeitsmarktpolitik revolutionär verbessert. Aus dem Reparaturbetrieb der Arbeitslosenversicherung wurde eine Versicherung, die nicht nur Arbeitslose mit Geld unterstützt, sondern aktiv darauf hinwirkt, dass Arbeitslosigkeit gar nicht erst entsteht. Die Leistungen der Arbeitslosenversicherung für Weiterbildung, Qualifizierung und Umschulung sind bei den zunehmenden Veränderungen in der Arbeitswelt nötiger denn je.

(15) Wir wollen Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten vorbeugen

Aufgabe der gesetzlichen Unfallversicherung ist es, Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten sowie arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren zu verhüten und bei Eintritt des Versicherungsfalles Versicherten mit allen geeigneten Mitteln zur Wiederherstellung von Gesundheit und Leistungsfähigkeit und damit zur Teilhabe am Arbeitsleben und am Leben in der Gesellschaft zu verhelfen. Durch die dynamischen Veränderungen in der Arbeitswelt erfährt die Unfallversicherung in Zukunft eine neue Bedeutung. Neue Risiken, gerade durch psychische Belastungen, machen umfassende Präventions- und Rehabilitationsanstrengungen nötig.

VIII. Staat und Gesellschaft

(1) Wir wollen einen starken Staat – gerade um der Schwachen willen

Menschenwürde und Gerechtigkeit sind für uns Christlich-Soziale die Maßstäbe, die wir an Staat und Gesellschaft anlegen. Die Institutionen müssen den Menschen dienen. Der Aufbau der Institutionen in Staat und Gesellschaft muss dem Subsidiaritätsprinzip entsprechen. Wir bekennen uns zum demokratischen Prinzip und zur repräsentativen Demokratie.

Dabei ist Demokratie für uns nicht gleichbedeutend mit einer Allmacht der Mehrheit. Der Wert der Demokratie bemisst sich auch am Respekt gegenüber Minderheiten. Der Staat verhilft insbesondere Schwachen zu ihrem Recht. Wir bekennen uns zum Rechtsstaat – und zum Gewaltmonopol des Staates. Der Staat muss Leben und Gesundheit seiner Bürgerinnen und Bürgern schützen und damit ihre Sicherheit gewährleisten.

(2) Wir bekennen uns zum sozial verpflichteten Eigentum und zur Sozialen Marktwirtschaft

Wir bekennen uns zum Recht auf Eigentum und zum Schutz persönlichen Eigentums durch den Staat. Wir verbinden damit zugleich den Anspruch auf Sozialpflichtigkeit des Eigentums. Wir wollen, dass breite Bevölkerungsschichten Eigentum bilden können – vom Wohneigentum bis zu Produktivkapitalbeteiligungen.

Wir bekennen uns zur Sozialen Marktwirtschaft und zum Sozialstaat. Dabei ist Sozialpolitik für uns nicht der Reparaturbetrieb eines ungezügelten Marktes. Vielmehr bedarf der Markt eines Ordnungsrahmens, der sicherstellt, dass die Wirtschaft aus sich heraus dem Gemeinwohl dient.

(3) Wir bekennen uns zum Subsidiaritätsprinzip

Wir wollen jene Institutionen stärken, die subsidiär Aufgaben im Interesse der Allgemeinheit wahrnehmen: die Tarifautonomie bei Lohnfindung und Vereinbarung von Arbeitsbedingungen, die Mitbestimmung beim Interessenausgleich in Wirtschaft und Arbeitswelt, die Sozialver-

sicherungen mit Selbstverwaltung bei der Absicherung großer Lebensrisiken. Wir wollen einen starken dritten Sektor und setzen bei sozialen Dienstleistungen vor allem auf frei-gemeinnützige Träger.

Wir wollen das Genossenschaftswesen fördern, weil es dem Subsidiaritätsgedanken in besonderer Weise Rechnung trägt. Genossenschaften – von Kreditgenossenschaften über Energiegenossenschaften bis hin zu Wohnungsbaugenossenschaften – verwirklichen das Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“, sind demokratisch organisiert und stellen die Förderung ihrer Mitglieder über Profitinteressen. Sie dienen damit dem Gemeinwohl und entlasten zugleich den Staat.

(4) Wir befürworten eine starke Rolle des Staates bei der öffentlichen Daseinsvorsorge

Die öffentliche Hand muss da tätig werden, wo es um grundlegende Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger geht und der Markt versagt. Sie trägt Verantwortung für öffentliche Daseinsvorsorge und öffentliche Güter – von Wasser und Energie über Verkehrsinfrastruktur und öffentlichen Nahverkehr sowie Gesundheit und Wohnen bis zu Postdienstleistungen und schnellem Internet. Wir wollen einen – auch europarechtlichen und internationalen – Rahmen, der sicherstellt, dass die Gebietskörperschaften dieser Verantwortung auch gerecht werden (können) – zum Beispiel durch Kommunalisierung und Rekommunalisierung.

(5) Wir wollen eine Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit

Starke Schultern müssen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben mehr beitragen als schwache. Deshalb sind wir Anhänger der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit. Zu einem gerechten Steuersystem gehört daher – neben Freibeträgen, die das Existenzminimum abdecken – eine progressive Besteuerung von Einkommen. Internationale Unternehmen sollen Einkünfte, die in Deutschland anfallen, auch hier versteuern.

(6) Wir wollen eine starke kommunale Selbstverwaltung und stehen zum Föderalismus

Die Aufgaben zwischen den Gebietskörperschaften müssen dem Subsidiaritätsprinzip entsprechend verteilt sein, weil so am ehesten sachge-

rechte Entscheidungen und Bürgernähe gewährleistet werden. Daher sind wir Anhänger der kommunalen Selbstverwaltung und des Föderalismus. Kommunen sollen faire Arbeitgeber sein. Dazu gehört Tariftreue ebenso wie sozialversicherungspflichtige und langfristige Arbeitsverhältnisse.

Zugleich streben wir gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland an. Dazu gehört auch, dass die Menschen im ländlichen Raum ebenso wie die Einwohner von großen Städten und Ballungsgebieten einen Anspruch darauf haben, angemessen mit Infrastruktur und grundlegenden Dienstleistungen – von ärztlicher Versorgung bis zu schnellem Internet – ausgestattet zu sein. Mit dem Subsidiaritätsprinzip verbinden wir das Konnexitätsprinzip: Diejenige staatliche Ebene, die Leistungen beschließt, trägt auch die Verantwortung für ihre Finanzierung.

(7) Wir ermutigen zum ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagement

Gesellschaft und Staat sind auf das Mitmachen der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Wir ermutigen zum ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagement – in Kirchengemeinden und Nachbarschaftsinitiativen, in der Freiwilligen Feuerwehr und Sportvereinen, in Selbsthilfegruppen und anderen Vereinen und Verbänden. Wir rufen die Menschen zugleich dazu auf, sich in die Politik einzumischen – und demokratischen Parteien beizutreten. Wir werben um die Mitgliedschaft in der CDU und in besonderer Weise um die Mitgliedschaft in der CDA, damit die christlich-soziale Stimme in der deutschen Politik stark bleibt.

Wo Menschen Heimat finden, bringen sie sich am ehesten in das gesellschaftliche Leben ein. Sie übernehmen Verantwortung für den Nächsten und für das Gemeinwesen. Wir wollen gute Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement. Dazu gehören eine Arbeitswelt, die von den Beschäftigten nicht völlige Flexibilität und Mobilität erfordert, und eine angemessene Berücksichtigung im Steuerrecht. Ehrenamtliches Engagement hat einen Eigenwert. Wir lehnen eine Ökonomisierung des Ehrenamtes ebenso ab wie eine Instrumentalisierung Ehrenamtlicher als „Lückenbüßer“ zu Lasten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung.

(8) Wir wollen einen starken öffentlichen Dienst

Wir wissen: Ein Staat, der seinen Aufgaben gerecht werden will, braucht eine leistungsfähige und bürgerfreundliche, effiziente und korruptionsfreie Verwaltung mit qualifizierten und motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Genau das zeichnet Deutschland aus. Wir wollen gute Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst. Dazu sind die Finanzierungsmittel dauerhaft bereitzustellen. Wir bekennen uns zum Berufsbeamtentum.

(9) Ausreichender Wohnraum zu bezahlbaren Mieten

Wohnen gehört zu den Grundbedürfnissen des Menschen. Die Sicherstellung eines ausreichenden und bezahlbaren Angebotes an Wohnraum ist daher ein wichtiges Anliegen der CDA. Notwendig ist insbesondere die Wiederankurbelung des sozialen Wohnungsbaus. Aber auch die verstärkte Förderung der Schaffung selbstgenutzten Wohneigentums ist nach Auffassung der CDA ein sinnvoller Beitrag zum Abbau von Wohnungsmangel und zudem zur Altersvorsorge.

IX. Europa und Internationales

(1) Wir wollen ein Europa, das auf gemeinsamen Werten basiert

Die Einheit Europas und die Einigkeit der Europäer sind für die CDA Voraussetzung und Garanten für eine Zukunft Deutschlands in Frieden und Wohlstand. Europa ist mehr als eine Wirtschafts- oder Währungsgemeinschaft. Die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft. Denn die europäische Idee basiert auf gemeinsamen Werten, die im christlichen Menschenbild, den Errungenschaften der Aufklärung und der humanistischen Tradition wurzeln.

Zu diesen Werten gehören insbesondere Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, soziale Gerechtigkeit und Toleranz. Die demokratische Kultur in Europa ist ein hohes Gut. Sie muss sich spiegeln in der Ausweitung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments.

(2) Wir wollen, dass Europa weiter zusammenwächst

Wir orientieren uns an der Vision der „Vereinigten Staaten von Europa“. Europa soll weiter zusammenwachsen. Auch bei der Aufgabenverteilung zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedsstaaten orientieren wir uns am Subsidiaritätsprinzip. Doch viele Probleme können auf der nationalen Ebene nicht mehr gelöst werden.

Daher brauchen wir ein einiges Europa mit handlungsfähigen demokratischen Institutionen, die zum Beispiel Fragen der sozialen Gerechtigkeit europaweit in Angriff nehmen. Denn soziale Gerechtigkeit ist der Garant für ein friedliches Zusammenleben innerhalb Europas. Die Charta der Grundrechte der EU muss voll angewendet werden.

Wir brauchen eine gemeinsame europäische Flüchtlings- und Asylpolitik, die Asylbewerbern in allen Staaten der Europäischen Union ein an europäischen Regelungen orientiertes, einheitliches Asylverfahren, staatliche Unterstützung für ein menschenwürdiges Leben sowie eine gerechte Verteilung der Asylsuchenden und Flüchtlinge auf alle Staaten der Europäischen Union garantiert.

(3) Wir wollen einen hohen sozialen Schutzstandard in ganz Europa

Soziale Gerechtigkeit muss ein Grundpfeiler der europäischen Ordnung sein. Wir wollen, dass auf europäischer Ebene ein hoher arbeitsrechtlicher und sozialer Schutzstandard für alle Beschäftigten gesetzt wird. Das gilt beispielsweise für Fragen des Arbeitsschutzes, des Arbeitnehmerdatenschutzes und der Arbeitnehmermitbestimmung. Wir wollen eine Stärkung des Europäischen Sozialen Dialogs, der einschließlich der sozialen Grundrechte eine Grundsäule unseres europäischen Sozialmodells darstellt. Dies ist entscheidend, um ein besseres Gleichgewicht zwischen Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Gerechtigkeit zu erzielen, und so Ungleichheit und sozialer Ausgrenzung entgegenzuwirken. Die Einbeziehung von Sozialpartnern ist eine weitaus bessere Basis für Wirtschaftswachstum.

(4) Wir wollen eine EU, die Freiheit und Sicherheit gewährleistet

Die EU-Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik muss gemeinsam mit der NATO die Freiheit und Sicherheit aller Länder der EU gewährleis-

ten. Dazu gehört auch der Kampf gegen Terrorismus. Die Bekämpfung von Krieg und Terror, von Diktaturen, Glaubenskriegen und Klimawandel, machen eine völlig neue Außen-, Entwicklungs- und Handelspolitik nötig. Wir wollen Frieden, Freiheit, den Menschenrechten und der sozialen Gerechtigkeit in unserer Nachbarschaft und global zum Durchbruch verhelfen. Daher brauchen wir eine weitreichende internationale diplomatische Initiative, angetrieben von Europa, um die Kriege zu beenden, die so viel menschliches Leid in unserer Nachbarschaft verursachen.

(5) Wir wollen eine Internationale Soziale Marktwirtschaft

Deutschland verfügt über die größte und leistungsfähigste Volkswirtschaft in der Europäischen Union, und die EU ist die größte Volkswirtschaft der Welt. Mit dieser wirtschaftlichen Stärke ist die Pflicht verbunden, die internationale Politik gemäß unserem christlichen Menschen- und Gesellschaftsbild mitzugestalten.

Dabei nehmen wir besonders die Menschen in den Ländern in den Blick, die von absoluter Armut betroffen sind. Wir wollen eine Internationale Soziale Marktwirtschaft – mit einem Rahmen, der sicherstellt, dass jede und jeder in seiner Heimat ein menschenwürdiges Leben führen kann. Das wollen wir um der Betroffenen willen – und auch deshalb, weil nur so verhindert werden kann, dass sich immer mehr Menschen aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen sehen, ihre Heimat zu verlassen und bei uns Zuflucht zu suchen. Wir sind davon überzeugt, dass eine freiheitliche und soziale Wirtschaftsstruktur, wie sie die Soziale Marktwirtschaft darstellt, eng mit einer politischen Ordnung verknüpft ist, die die Würde des Menschen achtet und demokratische Strukturen aufweist. Der Königsweg zur Schaffung einer friedlichen und gerechten internationalen Ordnung liegt für uns in der Durchsetzung von Demokratie und Sozialer Marktwirtschaft weltweit.

Für uns ist aber auch klar: Wer aus seiner Heimat flieht und in Deutschland Zuflucht sucht – aufgrund politischer oder religiöser Verfolgung, aufgrund von Krieg oder Bürgerkrieg oder aufgrund existenzieller wirtschaftlicher Not –, muss in einer Weise aufgenommen werden, die unseren Werten entspricht. Die Würde eines Flüchtlings ist unantastbar.

(6) Wir wollen eine nachhaltige Entwicklungspolitik

Zu unseren Grundprinzipien gehört unverzichtbar die Solidarität mit den Menschen überall auf der Welt. Mit der wachsenden Globalisierung wächst unsere Verantwortung. Deshalb müssen wir den Menschen in Krisengebieten Hilfe zur Selbsthilfe gewähren.

Täglich sterben Tausende an den Folgen vermeidbarer Krankheiten; viel zu viele Menschen leiden an Mangelernährung und Hunger. Wir wollen, dass Deutschland in einem ersten Schritt so schnell wie möglich seiner internationalen Verpflichtung nachkommt, mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfe aufzuwenden.

In der deutschen Entwicklungszusammenarbeit kommt den Kirchen und der Zivilgesellschaft eine Schlüsselrolle zu. Sie sind in Projekten und Partnerschaften direkt mit den Menschen vor Ort verbunden. Die Menschenrechte müssen gelten – weltweit und ohne Abstriche.

Das gilt in besonderer Weise für Frauen und Mädchen, die in vielen Ländern zu den am meisten Benachteiligten gehören. Grundlegende soziale Sicherung für die Ärmsten ist kein Almosen, sondern der Menschenwürde geschuldet. Öffentliche Entwicklungshilfe, gerade Budgethilfe, muss mit der Einhaltung der Menschenrechte verbunden sein.

(7) Wir fordern eine internationale Arbeitspolitik

Da Menschen darauf angewiesen sind, durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft ihren Lebensunterhalt zu ermöglichen, steht für uns der Einsatz für menschenwürdige Arbeitsbedingungen weltweit im Zentrum unserer Politik. Gute Entwicklungspolitik muss deshalb in erster Linie aktive internationale Arbeitspolitik sein. Dazu gehört auch die Freiheit zur Gründung von und zur Betätigung in Gewerkschaften für alle Arbeitnehmer in allen Sektoren des Arbeitsmarktes weltweit.

Die Internationale Arbeitsorganisation muss aufgewertet und mit wirkmächtigen Sanktionsmöglichkeiten gegen Staaten und Unternehmen ausgestattet werden, die die Kernarbeitsnormen missachten. Die Etablierung eines Internationalen Arbeitsgerichtshofs soll den Menschenrechten bei der Arbeit zur Durchsetzung verhelfen; auch andere internationale Institutionen sollen gestärkt werden, die zur Durchsetzung von Arbeitnehmerrechten beitragen.

International tätige Unternehmen tragen eine Verantwortung für die Einhaltung von Menschenrechten, Sozial- und Umweltstandards auf der gesamten Lieferkette. Entsprechende internationale Vereinbarungen müssen verpflichtend und mit Sanktionen für den Fall der Nichtbeachtung behaftet sein. Deutsche Konsumenten sollen die Sicherheit haben, dass die Produkte, die sie erwerben, nicht unter menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen hergestellt worden sind. Dazu bedarf es vor allem Transparenz über die Herstellungsbedingungen.

(8) Wir wollen eine Politik für den Frieden

Die Menschenrechte und die christliche Friedensethik sind uns Richtschnur in der Außen- und Sicherheitspolitik. Wir setzen uns für eine aktive Friedenspolitik ein. Das bedeutet einen Vorrang der Diplomatie. Wir wollen eine international kontrollierte Abrüstung und eine Welt mit immer weniger Waffen. Politische Friedensinteressen haben immer Vorrang vor den wirtschaftlichen Interessen einzelner Akteure.

Militärische Mittel können immer nur die letzte Möglichkeit sein – und sie müssen eingebunden sein in ein politisches Gesamtkonzept, das auch Diplomatie und Entwicklungszusammenarbeit einschließt. Wir wollen, dass Deutschland seiner internationalen Verantwortung zum Schutz vor Menschenrechtsverletzungen und zur Sicherung des humanitären Völkerrechts gerecht wird.

(9) Wir wollen fairen und freien Handel

Internationaler Handel schafft Wohlstand. Wir wollen, dass er insbesondere den Menschen in den ärmeren Ländern zugutekommt. Dazu bedarf es klarer Regeln. Wir fordern einen Rahmen für den internationalen Handel – sei es durch Abkommen der Welthandelsorganisation, sei es durch bilaterale Handelsabkommen. Dieser Rahmen leistet einen Beitrag zur Gewährleistung der Menschenrechte und zur Durchsetzung von Arbeitnehmer-, Verbraucher- und Umweltschutzvorschriften.

(10) Wir wollen eine demokratische Kontrolle der Finanzmärkte

Zur Internationalen Sozialen Marktwirtschaft gehört auch eine Regulierung der internationalen Finanzmärkte. Diese Regulierung soll eine

nachhaltige Stabilität des Finanzsystems sichern, das seinen Aufgaben nachkommt: Versorgung von Unternehmen und Privatpersonen mit Krediten und Sparmöglichkeiten, Risikostreuung und Bereitstellung von Finanzdienstleistungen.

Unser Ziel ist eine globale Finanztransaktionssteuer, deren Aufkommen auch der Entwicklungszusammenarbeit zugute kommt. Die Europäische Union trägt eine besondere Verantwortung für ihre Umsetzung; sie muss Vorreiterin sein.

Zur Sozialen Marktwirtschaft gehört der Zusammenhang von Chance und Risiko, von Ertragsmöglichkeiten und Haftung. Internationale Großbanken dürfen kein Erpressungspotential innehaben, das ganze Staaten zu ihren Gefangenen macht. Daher ist eine Begrenzung der Aktivitäten von Banken ordnungspolitisch geboten.

(11) Wir engagieren uns für globale Ziele in der Umweltpolitik

Die Grenzen unseres Wirtschaftssystems werden besonders deutlich in den Auswirkungen auf die Natur. Klimapolitik ist eine Frage internationaler Gerechtigkeit: Während die Industrieländer die Hauptverursacher des Klimawandels sind, sind vor allem die Menschen in Entwicklungsländern die Leidtragenden seiner negativen Folgen. Deutschland muss international Vorreiter für ambitionierte Klimaziele sein.

Wir wollen den weltweiten Ausbau erneuerbarer Energien, um den globalen Temperaturanstieg zu begrenzen. Wir halten am 2-Grad-Ziel fest. Und wir wollen die Lasten der Eindämmung des Klimawandels international gerecht verteilen. Gerade Entwicklungsländer brauchen unsere Unterstützung. Wer Flüchtlingsströme verhindern will, muss auch dafür Sorge tragen, dass die Menschen in ihrer Heimat auch leben können.

(12) Wir setzen uns für starke Vereinte Nationen ein

Die politischen Entscheidungsstrukturen müssen dem Zusammenwachsen der Welt Rechnung tragen. Nationalstaaten können die erforderlichen Regulierungsleistungen immer weniger erbringen – das gilt auch für Deutschland. Reformen transnationaler und internationaler Institutionen sind unter demokratischen und Gerechtigkeitsgesichtspunkten notwendig.

Wir wollen die Kompetenzen der Vereinten Nationen ausweiten. Der Sicherheitsrat muss erweitert, einzelne Mitglieder müssen in ihren Veto-Möglichkeiten beschränkt werden und Deutschland sollte weiter in der Perspektive einen ständigen Sitz im Gremium anstreben. Dem Menschenrechtsrat muss die Möglichkeit gegeben werden, Stellungnahmen ohne politische Einflussnahme herauszugeben und zu einem unabhängigen Berichtsgremium werden.

Impressum:

CDA-Hauptgeschäftsstelle

Postfach 04 01 49 • 10061 Berlin

Zinnowitzer Str. 1 • 10115 Berlin

Telefon: (030) 922511-0

Fax: (030) 922511-2110

Mail: info@cda-bund.de

www.cda-bund.de

www.facebook.com/cda.deutschlands

Fotos: Tobias Koch

Dezember 2015



UNSER PLUS AN PARTNERSCHAFT

Gemeinsame Werte für gemeinschaftlichen Erfolg.

CDA

CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE
ARBEITNEHMERSCHAFT DEUTSCHLANDS
CDU-SOZIALAUSSCHÜSSE

Ausgezeichnete Vorsorge und attraktive Vorteilsangebote – exklusiv für Mitglieder der CDA und ihre Angehörigen. Mehr Informationen unter www.cda-bund.de



Genossenschaftliche FinanzGruppe
Volksbanken Raiffeisenbanken



DIE VERSICHERUNG
MIT DEM PLUS.